

## PRESSEMITTEILUNG

---

### **Privatradioverbände protestieren gegen Bestrebungen, UKW-Abschaltung im Koalitionsvertrag festzuschreiben**

- Privatradioverbände APR und VPRT betonen die existenzielle Grundlage der UKW-Verbreitung für die Privatradios in Deutschland
  - Zukunft der digitalen Radioübertragung muss durch die Länder entschieden werden
  - Abschaltdatum kann erst bei einer UKW-Nutzung von unter 10 Prozent festgelegt werden
- 

#### **München/Berlin, 1. Februar 2018**

Die Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk (APR) und der Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V. (VPRT) verwehren sich nachdrücklich gegen Bestrebungen, eine Regelung zur UKW-Abschaltung in den aktuell verhandelten Koalitionsvertrag von CDU/CSU und der SPD aufzunehmen. Entsprechende Absichten waren dieser Tage bekannt geworden.

Klaus Schunk, Vorsitzender des Fachbereichs Radio und Audiodienste des VPRT und Geschäftsführer von Radio Regenbogen: „Eine UKW-Abschaltung durch die Hintertür des Koalitionsvertrags würde bedeuten, die Existenzgrundlage der Privatradios in Deutschland in Frage zu stellen. Wir haben hierzu im letzten Jahr eine breite Diskussion mit allen Beteiligten geführt und meinten, dass es für die dramatischen Folgen einer solchen Entscheidung ein breites Verständnis in der Medienpolitik der Länder gibt. Umso unverständlicher ist der aktuelle Versuch von interessierter Seite, das Thema der Radiodigitalisierung in dieser Form im Koalitionsvertrag festzuschreiben. Wir appellieren an alle Beteiligten, die bisherige Diskussion noch einmal zu reflektieren und diesen Bestrebungen eine klare Absage zu erteilen.“ Ein Abschaltdatum dürfe es bis zum Absinken der tatsächlichen analogen Nutzung auf unter 10 Prozent nicht geben.

APR-Vorsitzender Felix Kovac sagte: „In einer Nachtsitzung in Berlin kann nicht entschieden werden, was in der Medienpolitik der Länder kontrovers diskutiert wird. Dafür wäre der Bundestag auch gar nicht zuständig, der Bund hat im Bereich der Telekommunikation eine dienende Rolle gegenüber medienpolitischen Entscheidungen der Bundesländer“, so Kovac. Er verwies darauf, dass die Vorstellungen zum Nebeneinander von UKW und DAB+ in den einzelnen Regionen Deutschlands je nach gewachsenem Radiomodell ganz unterschiedlich sind.



### **Für Rückfragen:**

APR-Presskontakt Prof. Dr. Stephan Ory,  
T | +49 151 24005500, E | [apr@privatfunk.de](mailto:apr@privatfunk.de)

VPRT-Pressesprecher Hartmut Schultz, Hartmut Schultz Kommunikation GmbH  
T | +49 30 3 98 80-101, E | [hs@schultz-kommunikation.com](mailto:hs@schultz-kommunikation.com)

### **Über die APR:**

Die APR ist die Interessenvertretung privater Anbieter von Radio, Lokal-/Regional-TV und Telemedien in Deutschland. Sie kümmert sich um wirtschaftliche, medienpolitische, technische und rechtliche Belange der Lokalsender. Die APR ist föderal aufgebaut und vertritt rund 290 Mitglieder direkt oder über Landesverbände.

Arbeitsgemeinschaft Privater Rundfunk

Friedrichstraße 22, 80801 München

T | +49 6806 920292, F | +49 6806 920294

E | [apr@privatfunk.de](mailto:apr@privatfunk.de)

[www.privatfunk.de](http://www.privatfunk.de)

### **Über den VPRT:**

Der VPRT ist die Interessenvertretung der privaten Rundfunk- und Telemedienunternehmen. Mit ihren TV-, Radio-, Online- und Mobileangeboten bereichern seine rund 150 Mitglieder Deutschlands Medienlandschaft durch Vielfalt, Kreativität und Innovation. Damit das auch in der digitalen Welt so bleibt, müssen die regulatorischen, technologischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen. Als Wirtschaftsverband unterstützen wir unsere Unternehmen im Dialog mit Politik und Marktpartnern beim Erreichen dieses Ziels – national und auf EU-Ebene.

Verband Privater Rundfunk und Telemedien e.V.

Stromstraße 1, 10555 Berlin

Rue des Deux Eglises 26, B-1000 Bruxelles – Büro Brüssel

T | +49 30 3 98 80-0, F | +49 30 3 98 80-148

E | [info@vpert.de](mailto:info@vpert.de)

[www.vpert.de](http://www.vpert.de)